

Bildungsexpansion in der Sackgasse? Bildungspolitische Konsequenzen aktueller Theorieansätze zum Verhältnis von Bildung und Beschäftigung ; zur Einleitung der Podiumsdiskussion

Beck, Ulrich; Bolte, Karl Martin; Brater, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Beck, U., Bolte, K. M., & Brater, M. (1979). Bildungsexpansion in der Sackgasse? Bildungspolitische Konsequenzen aktueller Theorieansätze zum Verhältnis von Bildung und Beschäftigung ; zur Einleitung der Podiumsdiskussion. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 688-719). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136541>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

U. Beck, K.M. Bolte, M. Brater

Bildungsexpansion in der Sackgasse?

Bildungspolitische Konsequenzen aktueller Theorieansätze zum

Verhältnis von Bildung und Beschäftigung

- Zur Einleitung der Podiumsdiskussion -

1. Vorbemerkung

In der bildungspolitischen Diskussion der letzten Jahre drückt sich eine gewisse Ratlosigkeit aus: Einerseits ist der Schwung der Bildungsexpansion der 60er Jahre einer breiten "Bildungslethargie" gewichen. Man diskutiert die Gründe für das sogenannte "Scheitern" der Bildungsreform, und die Drohworte von der "Überqualifikation", vom "akademischen Proletariat", vom "Verdrängungswettbewerb" machen die Runde. Auf der anderen Seite ist ein wissenschaftliches Fundament des Bildungsaufbruchs der 60er Jahre - die bildungsökonomisch orientierte Bedarfsforschung - einer intensiven methodisch-theoretischen Kritik unterzogen worden und hat auch für eine breitere Fachöffentlichkeit stark an legitimatorischer Kraft eingebüßt. Dies wohl nicht zuletzt deswegen, weil dieser Ansatz oder dieses Verfahren - unreflektiert zur Leitlinie von Bildungsplanung und Bildungspolitik gemacht - mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zu einer "Stop-and-Go-Politik" im Bildungsbereich führt: Hat man noch bis vor kurzer Zeit in sehr vielen Berufssparten für Hochqualifizierte ein Überangebot an Absolventen entsprechender Bildungsabschlüsse vorhergesagt und damit eine Drosselung der Bildungszugänge gerechtfertigt, so zeigen neueste Berechnungen und Prognosen einen rapiden Schwund an Bildungswilligkeit an. In einigen Ausbildungsbereichen wirkt die "Abschreckungspolitik" schon so nachhaltig, daß bereits jetzt die keineswegs großzügig berechneten Kapazitäten bis zu 30% unausgelastet bleiben.

In dieser Situation stellt sich zunehmend die Frage, wie die mit der Bildungsexpansion aufgetretenen Abstimmungsprobleme wissenschaftsimmanent verarbeitet und welche bildungspolitisch relevanten Konsequenzen daraus gezogen wurden. D.h. es stellt sich die Frage nach dem Beitrag, den die Qualifikations-, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Klärung der Situation und zur Bewältigung der anstehenden Probleme zu leisten in der Lage ist.

Sozialwissenschaftliche Forschung und Theoriebildung sind stets - ob die Forscher dies sich immer eingestehen oder nicht - in erheblichem Maße politisch relevant. Ob diese objektive politische Bedeutung ihrer Arbeit von den Wissenschaftlern als ärgerliches

Hindernis oder als begrüßenswerter Praxisbezug empfunden wird - sie übt in jedem Fall auch direkt oder indirekt einen mehr oder weniger großen Einfluß auf diese Arbeit aus. Dennoch wird diese politische Bedeutung von Forschungsansätzen in der rein wissenschaftlichen Diskussion häufig entweder gar nicht thematisiert oder eher implizit abgehandelt. Demgegenüber scheint es sinnvoll zu sein, gerade in einem so aktuellen Themenbereich wie dem von Bildung und Beschäftigung diese politische Dimension soziologischer Forschung ausdrücklich herauszuarbeiten und darzustellen, was um so näher liegt, als die meisten derjenigen Forschungsansätze, die das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem untersuchen, von ihren Autoren selbst mit expliziten bildungs- oder beschäftigungspolitischen Optionen und Strategien verknüpft wurden. Im allgemeinen scheint man hier also den Weg zu wählen, lieber selbst als Forscher bestimmte politische Forderungen oder Vorschläge zu formulieren, bevor andere Interessenten die eigenen Ergebnisse in vom Urheber nicht mehr kontrollierbarer Weise strategisch ausdeuten und benutzen.

Dieser Weg der Äußerung politischer Optionen durch die Forscher selbst birgt freilich eine Fülle von Problemen (die nicht zuletzt auch in der Vorbereitung dieses Papiers eine Rolle gespielt haben 1)). Zum einen ist wohl unbestritten, daß sich solche politischen Empfehlungen niemals bruchlos und "logisch" eindeutig aus empirischen oder theoretischen Forschungsergebnissen ableiten lassen. Zugleich aber ist ebenso unbestritten, daß zwischen beiden auch nicht einfach überhaupt kein Zusammenhang besteht, daß also die politischen Optionen nicht schlechterdings willkürlich formuliert werden. Daraus ziehen verschiedene Forschergruppen z.T. unterschiedliche Schlüsse hinsichtlich der Stringenz, mit der politische Vorschläge aus wissenschaftlichen Untersuchungen hervorgehen können oder müssen.

Damit hängt die weitere Schwierigkeit zusammen, daß die Ansätze selbst nicht ausdrücklich oder primär auf politische Strategien hin gedacht sind, sondern allesamt als Untersuchungsinstrumente zur Erforschung eines bestimmten Realitätsausschnitts konzipiert

1) Dieser Aufsatz ist das Ergebnis eines mehrstufigen Diskussionsprozesses: Zunächst hatten im Januar 1979 Beck/Bohte/Brater zur Vorbereitung der Podiumsdiskussion ein Papier vorgelegt, das die auch hier dargestellten Ansätze in ihren bildungspolitischen Implikationen und Optionen zueinander ins Verhältnis setzt. Zu diesem Papier sind von den verschiedenen Autoren bzw. Autorengruppen Ergänzungen und Kritiken eingegangen, die sich vor allem auf die Darstellung des jeweils eigenen Ansatzes bezogen. Mit Hilfe dieser Ergänzungspapiere und zwischenzeitlich geführter Gespräche ist das ursprüngliche Papier dann zu der Fassung überarbeitet worden, die wir hiermit vorlegen. Wir hoffen, daß auf diese Weise dem Selbstbild der Autorengruppen Rechnung getragen wird, ohne das Bild einer falschen Harmonie zu erzeugen.

wurden. Dies bedeutet, daß die gewählten oder empfohlenen politischen Strategien nicht ausdrücklich Gegenstand der wissenschaftlichen Analysen waren, daß sie selbst also weder als "gesicherte Erkenntnisse" ausgegeben noch mit dem Anspruch wissenschaftlicher Autorität für wahr gehalten werden können. Indem die politischen Optionen neben den theoretischen Ansätzen und Untersuchungsergebnissen auch aus den persönlichen und institutionellen Bedingungen der Forscher, aus ihren politischen Grundeinstellungen und Vorerfahrungen hervorgehen, dürfen sie nicht mit "wissenschaftlicher Politikberatung" verwechselt werden. Es geht daher im folgenden nicht um die Frage, welche der dargestellten Ansätze und vorgeschlagenen Strategien nun letztlich "richtig", "realisierbar" oder besonders geeignet sind, die aktuellen bildungspolitischen Probleme zu lösen oder neue bildungspolitische Zielvorstellungen wissenschaftlich zu fundieren. Es kann dabei vielmehr lediglich um einen ersten Versuch gehen, sich in Form einer Selbstreflexion die politischen Konsequenzen von Forschungen und Theorieansätzen im Bereich von Bildung und Arbeitsmarkt bewußt zu machen und in einigen Punkten einer wissenschaftlichen Diskussion zu unterziehen.

Dies soll so geschehen, daß im folgenden die ausgewählten Ansätze im Hinblick auf zwei Fragen in kurzen Skizzen nebeneinandergestellt werden:

1. Worin werden jeweils die Probleme im Verhältnis von Bildung und Beschäftigung und worin ihre Ursachen gesehen, und
2. welche zentralen Ansatzpunkte für bildungspolitisches Handeln sind explizit oder implizit in der Konzeption enthalten?

In einem dritten Schritt sollen kritische Fragen an die jeweiligen politischen Empfehlungen formuliert werden, wobei selbstverständlich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann, sondern Diskussionsanregungen vermittelt werden sollen. Im Anhang dieses Aufsatzes wurde den Autoren der jeweiligen Ansätze selbst Gelegenheit gegeben, sich zu unserer Darstellung kritisch zu äußern.

Zu beachten bleibt, daß ein kurzer Überblick wie der hier versuchte Differenziertes notgedrungen vergrößernd darstellt. Ferner sollte man auch daran denken, daß sich die hier vorgestellten Konzepte in einem ganz unterschiedlichen "Reifestadium" befinden; sie sind mehr oder weniger intensiv wissenschaftlich diskutiert worden, sind in ganz unterschiedlichem Maße bereits empirisch ab-

gesichert, in die politische Diskussion eingeflossen und in politische Planungen und Steuerungen umgesetzt worden.²⁾

2. Der Flexibilitätsansatz (IAB, Nürnberg)³⁾

a. Problemdefinition

Der Grundgedanke des Flexibilitätsansatzes ergibt sich aus folgender Beobachtung: War man bei der Ermittlung von Bedarfsprognosen von einer klaren limitationalen Zuordnung von Bildungsabschlüssen und Arbeitsplätzen ausgegangen, so konnte u.a. im Rahmen von Berufsverlaufsanalysen gezeigt werden, daß Personen, die eine bestimmte berufliche Ausbildung durchlaufen haben, keineswegs auch immer die entsprechende Tätigkeit ergreifen, sondern häufig im Laufe ihres Berufslebenslaufes in ganz verschiedenartige Tätigkeitsfelder abwandern oder überwechseln. Dieser Sachverhalt wurde mit dem Begriff der "beruflichen Flexibilität" zu fassen versucht. Theoretisch kennzeichnet man damit die Eigenschaft der institutionell vermittelten Qualifikationsprofile, an sehr vielen, zum Teil recht verschiedenartigen Arbeitsplätzen einsetzbar zu sein sowie die komplementäre Eigenschaft von Arbeitsplätzen, von verschiedenen Bildungsabschlüssen her zugänglich zu sein.

2) Vgl. auch Kudera, S., Theoretische Ansätze zum Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem, in Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1978.

3) Siehe dazu vor allem Mertens, D., Empirische Grundlagen für die Analyse der beruflichen Flexibilität, in: MittAB 5/1968; ders., Der unscharfe Arbeitsmarkt. Eine Zwischenbilanz der Flexibilitätsforschung, MittAB, Heft 4/1973; ders., Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft, in: MittAB, Heft 1/1974; Mertens, D./Kaiser, M. (Hrsg.), Berufliche Flexibilität in der Diskussion, in: BeitrAB, Sonderhefte 30 (1-3); Kaiser, M., Zur Flexibilität von Hochschulausbildungen, Ein Überblick über den Stand der empirischen Substitutionsforschung, in MittAB, Heft 3/1975; Hofbauer, H./Kraft, H./Thiem, H., Über Ausbildungskombinationen und den Zusammenhang zwischen Ausbildung und Beruf bei männlichen Erwerbstätigen, in: MittAB 3/1970; Mertens, D., Retrospektive und prospektive Beschäftigungsorientierung in der Bildungsplanung, in: Bedarfsprognostische Forschung in der Diskussion, Frankfurt 1976, S. 237ff; Kaiser, M., Die Konzeption der beruflichen Flexibilität in Theorie, Empirie und Politik unter Beachtung ausgewählter Arbeitsmarktaspekte, Diss. TU Berlin 1979.

Die Abstimmungsprobleme, die zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem im Zuge der Bildungsexpansion aufgetreten sind, werden im Flexibilitätsansatz nicht - wie in den bildungsökonomischen Bedarfsansätzen - als Probleme einer unzureichend feinkörnigen Zuordnung von Bildungsabschlüssen und Tätigkeiten gesehen. Die Problematik wird vielmehr darin gesehen, daß die den bestehenden Qualifikationsprofilen und Arbeitsplätzen innewohnenden Flexibilität- und Substitutionsmöglichkeiten nicht hinreichend gekannt, geschweige denn genutzt werden. Die objektive Polyvalenz der Ausbildungen bzw. Qualifikationsprofile wurde bisher - nach Auffassung dieses Ansatzes - vor allem deshalb nicht richtig sichtbar, weil die verfügbaren Nomenklaturen und Meßkategorien eine "limitationale", d.h. eindeutige 1:1-Zuordnung von Ausbildungsabschlüssen und Tätigkeiten suggerieren. Dies hat zur Folge, so heißt es, daß die Arbeitenden ebenso wie die Beschäftigten sich gewöhnlich über die faktischen Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich aufgrund bestimmter Qualifikationsprofile ergeben, nicht klar sind und deshalb viel zu früh und oft unnötigen Umsetzungs- oder Umschulungsaufwand treiben. Dies hat aber auch zur Folge, daß die Bedarfsprognosen und die sich auf sie berufende Bildungsplanung von falschen Modellannahmen ausgehen.

Die Flexibilitätsforschung hat aber nicht nur faktische Substitutionsmöglichkeiten bzw. Polyvalenzen aufgedeckt (und gezeigt, daß sie zuwenig genutzt werden), sondern dabei auch herausgefunden, daß die Ausbildungen strukturell sehr unterschiedliche Flexibilitätsspielräume aufweisen, so daß es also mehr oder weniger polyvalente Bildungsinhalte und Ausbildungsabschlüsse gibt. Die Ursache für geringe Polyvalenz (die also strukturell zu Abstimmungsproblemen führen muß) wird u.a. darin gesehen, daß solche Ausbildungsgänge nur einen relativ geringen Anteil an "Schlüsselqualifikationen", d.h. inhaltlich relativ unspezifischen, universell verwendbaren Basisfähigkeiten wie technisches Verständnis, logische Operationen usw. aufweisen. Generell scheinen die Befunde der Flexibilitätsforschung darauf hinzudeuten, daß der Anteil an Schlüsselqualifikationen und damit die Flexibilität, die eine Ausbildung dem Arbeitenden verschafft, mit steigender Qualifikationshöhe zunimmt, woraus geschlossen werden kann, daß

zumindest ein Teil der Abstimmungsprobleme am Arbeitsmarkt nicht auf eine angebliche "Überqualifikation", sondern vielmehr umgekehrt gerade darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeitenden durchschnittlich zuwenig ausgebildet, also "unterqualifiziert" sind.

b. Ansatzpunkte für politisches Handeln

Konnten in der Arbeitskräftebedarfsforschung auftretende Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt zu einem guten Teil gleichsam zirkulär auf Mängel und Fehler in der bedarfsprognostischen Forschung selbst zurückgeführt werden (und insofern immer in einen erneuten Aufschwung dieser Forschungen und Planungen umgemünzt werden), so tritt mit dem Flexibilitätsansatz die Aufdeckung und Förderung von realen Substitutionsmöglichkeiten im Übergang vom Bildungsin das Beschäftigungssystem und die Herstellung einer entsprechenden Mobilität der "Qualifikationsträger" ins Zentrum bildungspolitisch relevanter Bedingungen. Indem man nämlich die Arbeitenden so qualifiziert, daß sie sich aus eigener Kraft und ohne weitere öffentliche Lenkung an technische und wirtschaftliche Wandlungsprozesse anpassen und solche Strukturveränderungen mitvollziehen können, erspart man sich das bildungsökonomische Dilemma, Ausbildungsprozesse ständig an technisch-ökonomische Entwicklung anpassen zu sollen, die weder antizipierbar noch (unter privatwirtschaftlichen Bedingungen) staatlich steuerbar sind.

Die bildungspolitische Strategie, die mit diesem Ansatz verbunden ist, zielt damit in erster Linie gar nicht so sehr auf strukturelle Veränderungen, sondern auf die Aufdeckung und Nutzung vorhandener Substitutionsspielräume im Verhältnis von Bildung und Beschäftigung. Im Zusammenhang der Flexibilitätsforschung werden dann auch drei Punkte genannt, an denen politische Maßnahmen ansetzen sollen:

1. der mangelhafte Informationsstand der Arbeitsmarktparteien, der Arbeitsverwaltung und der Bildungspolitik über faktisch vorhandene, aber ungenutzte Substitutionalitäten und Polyvalenzen; hierzu ist zunächst systematische empirische Forschung und Aufklärung erforderlich;

2. die Verbesserung der Bedarfsprognostik durch Entwicklung von Klassifikationskategorien, die die faktischen Flexibilitäts-potentiale von Ausbildungen und Tätigkeiten erfassen;
3. die Verankerung von mehr Flexibilität in den einzelnen Ausbil-dungen selbst durch curriculare u.ä. Maßnahmen, z.B. durch Ein-bau von mehr "Schlüsselqualifikationen"; diese strategische Eingriffsmöglichkeit zur Überwindung der Abstimmungsprobleme wird jedoch von den Vertretern der Flexibilitätsforschung vor-erst noch sehr vorsichtig formuliert.

Generell wird eine Zurückentwicklung der Bildungsexpansion eher abgelehnt, weil eben Geringerqualifizierung die Flexibilitäts-potentiale und damit die Möglichkeiten eines selbstregulierenden Ausgleichs der Abstimmungsprobleme am Arbeitsmarkt eher verringert als erhöht.

c. Politisch-strategische Fragen an den Ansatz

- o Werden die vorhandenen Flexibilitätspotentiale nicht allzu opti-mistisch überschätzt und damit die Bildungs- und Beschäftigungs-politiker vorschnell von einem notwendigen Druck zu weiter-führendem politischem Handeln befreit?
- o Werden die psycho-sozialen Probleme, aber auch die Funktions-störungen des Arbeitsmarktes nicht unterschätzt, die mit einer Veröffentlichung oder sogar strukturellen Erhöhung von Flexi-bilitätspotentialen und damit eintretenden Identifikations-und Orientierungsschwierigkeiten auftreten?
- o Werden generell nicht die Dominanz, strukturelle Verankerung und vor allem die Funktionalität der "Inflexibilitäten", also der Abschottung der Qualifikationsprofile gegeneinander, zu sehr aus dem Ansatz ausgeblendet, womit er unrealistisch und politisch fragwürdig würde?
- o Wird mit der gleichen Intensität, wie nach Polyvalenzen der Ausbildungsprofile auch nach Substitutionsmöglichkeiten auf

seiten der Arbeitsplätze in den Betrieben geforscht? Gibt es ein Äquivalent zu den "Schlüsselqualifikationen" in der betrieblichen Arbeitsteilungsstruktur?

- o Leistet der Ansatz nicht der Gefahr Vorschub, daß die bestehenden Arbeitsmarktprobleme in dem Sinne "individualisiert" werden, daß die Wurzel allen Übels in der Bequemlichkeit, Faulheit oder Unbeweglichkeit vor allem der Arbeitenden selbst gesehen wird (eine Deutung, die vom Flexibilitätsansatz selbst nicht vertreten, aber auch nicht ausgeschlossen wird)? Droht er nicht, öffentliche Bildungspolitik durch individuelle Mobilität ersetzen zu wollen?
- o Wird dieser Ansatz damit nicht erst dann sinnvoll und vertretbar, wenn er durch andere, die strukturellen Probleme stärker betonende Sichtweisen ergänzt wird?

3. Statusdistributiver Ansatz (MPI, Berlin)⁴⁾

a. Problemdefinition

Stehen im Flexibilitätsansatz die inhaltlichen Qualifikationsprobleme im Zentrum, so betont der "statusdistributive Ansatz" eine ganz andere Seite von Bildungs- und Qualifizierungsprozessen:

Die aktuellen Probleme der Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem resultieren diesem Ansatz zufolge nämlich daraus, daß das gegenüber dem Beschäftigungssystem relativ auto-

4) Siehe dazu vor allem Armbruster, W., Bodenhöfer, H.-J., Hartung, D., Nuthmann, R., und Winterhager, W.D.: Expansion und Innovation, Berlin 1971 (vervielfältigtes Manuskript); Teichler, U.: "Struktur des Hochschulwesens und 'Bedarf' an sozialer Ungleichheit". In: MittAB 3/1974; Hartung, D., und Nuthmann, R.: Status- und Rekrutierungsprobleme als Folgen der Expansion des Bildungssystems. Berlin 1975 (Studien und Berichte, Bd. 32); Teichler, U., Hartung, D., und Nuthmann, R.: Hochschulexpansion und Bedarf der Gesellschaft. Stuttgart 1976; Hartung, D., Nuthmann, R., und Teichler, U.: Qualifikation und Beruf. Berlin 1978 (vervielfältigtes Manuskript).

nome Bildungssystem neben seiner ökonomischen (Qualifikations-) Funktion auch noch ganz andere Funktionen erfüllen muß, insbesondere die der Sozialisation, der Statuszuweisung und der Legitimation sozialer Ungleichheit. Deshalb kann sich das Bildungssystem, so wird hier herausgearbeitet, grundsätzlich nicht einfach am Bedarf des Beschäftigungssystems orientieren. Zugleich liegt daher im Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem auch ein latenter Strukturkonflikt, indem die Absorption der ohne direkten Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten ausgebildeten Absolventen unter den genannten Bedingungen immer ein prinzipielles Problem in unserer Gesellschaft darstellt. Bildungsexpansion schafft hier also eigentlich keine neuen Probleme, verschärft aber den Absorptionsdruck aufs Beschäftigungssystem im Bereich der Hochqualifizierten. Die aktuellen Abstimmungsprobleme zwischen Bildung und Beschäftigung sind daher in diesem Ansatz als Absorptionsprobleme zu betrachten.

Die heutige Verschärfung der Absorptionsprobleme beruht nun nach Meinung der Autoren nicht darauf, daß die zusätzlich ausgebildeten Hochqualifizierten von ihren Qualifikationsinhalten her im Beschäftigungssystem nicht gebraucht werden könnten; sowohl qualifikationstheoretische Überlegungen wie auch empirische Daten (etwa aus internationalen Vergleichen) sprechen gegen die Möglichkeit einer solchen "Überqualifikation" und verweisen darauf, daß eigentlich ohne weiteres eine sehr viel größere Zahl von Hochqualifizierten einzusetzen sein müßte. Die entscheidende Ursache dafür, daß es nicht zu der technisch-ökonomisch möglichen oder sogar sinnvollen Absorption kommt, wird vielmehr wiederum in der genannten Multifunktionalität des Bildungssystems, genauer: in seiner Statusdistributionsfunktion gesehen. Die wachsende Zahl von Hochqualifizierten bringt nämlich die vorhandene Statushierarchie ins Wanken, indem sie nicht nur zu einer Vermehrung akademischen Wissens führt, das brauchbar und nötig wäre, sondern auch eine Vermehrung der Ansprüche auf bestimmte hohe, traditionell einer kleinen Elite vorbehaltenen und von ihr eifersüchtig gehütete Statusränge nach sich zieht.

Angeichts der gesellschaftlichen und betrieblichen Macht- und

Statushierarchie gibt es aber zur Befriedigung solcher vermehrten, durchaus ausbildungsadäquaten Ansprüche nicht genug hohe Positionen im Beschäftigungssystem. Deren Vermehrung scheitert nicht zuletzt auch am massierten Widerstand all derer, die an einer Stabilisierung und Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse sozialer Ungleichheit interessiert sind. Damit führt Bildungsexpansion zu einer Reihe charakteristischer Folgeprobleme, wie verschärfter Statuskonkurrenz um knappe Plätze, Rekrutierungsprobleme der Betriebe, ausbildungsinadäquate Beschäftigung, Zugangsprobleme zum Beschäftigungssystem (Grauzonenbeschäftigung), verschärfter Selektionsdruck usw. Die Probleme der Abstimmung zwischen Bildung und Beschäftigung sind letztlich Probleme des gesellschaftlichen "Bedarfs" an sozialer Ungleichheit.

b. Ansatzpunkte für politisches Handeln

Da es sich beim Absorptionsproblem um ein Strukturproblem der relativen Autonomie des Bildungssystems handelt, kann es als solches nicht endgültig behoben, sondern bestenfalls geregelt bzw. entschärft werden. An eine Rücknahme der Bildungsexpansion kann aus politisch-legitimatischer (Chancengleichheit) und personenbezogenen (mehr Bildung), aber auch aus wirtschaftlichen (mehr wissenschaftliches Wissen) Gründen nicht ernsthaft gedacht werden. Eine erste Eingriffsmöglichkeit zum Abbau der verschärften Absorptionsprobleme durch Bildungsexpansion ergibt sich bei der Gestaltung der Curricula, die stärker als bisher innovatorische Qualifikationen vermitteln und so die Absolventen wenigstens in gewissen Grenzen in die Lage versetzen könnten, sich ihrerseits einen Platz im Beschäftigungssystem neu zu schaffen.

Die Autoren sehen freilich selbst, daß damit keineswegs die statusdistributiven Absorptionsprobleme grundsätzlich abzubauen sind. Sie erkennen in den derzeit zu beobachtenden realen Entwicklungstendenzen der Penetration von Hochschulabsolventen ins Beschäftigungssystem - wie etwa verstärkte vertikale Differenzierung zwischen den Hochqualifizierten (z.B. durch Kurzstudiengänge) oder die Verlagerung der Statusselektion aufs Beschäftigungssystem - ausdrücklich Gefahren für die sozialpolitischen und

emanzipatorischen Ziele der Bildungsexpansion, die es in ihrer Sicht zu vermeiden gilt. Ein Mittel dazu liegt für sie offenbar in dem Bemühen, das öffentliche Bewußtsein für den ideologischen Gehalt vieler Bedarfs- und Verdrängungsargumentationen in diesem Zusammenhang zu schärfen, in denen Status- und Herrschaftsinteressen hinter vorgeschobenen Qualifizierungsüberlegungen versteckt werden.

Die Autoren sehen derzeit keine realistische Möglichkeit, die statusdistributive Funktion von Bildung abzubauen. Sie schreiben damit mit einer gewissen Logik der Bildungspolitik ein doppeltes Ziel zu: Förderung der Bildungsexpansion bei gleichzeitiger Beibehaltung gesellschaftlicher Selektion durch Bildung. Die Autoren setzen dabei auf eine Forcierung der Bildungsexpansion in dem Sinne, daß die Hochschulen für möglichst viele Berufsgruppen geöffnet werden, weil sie hoffen, daß der langfristige "Niveau-Effekt" einer besseren Qualifizierung und Bildung für möglichst alle Berufsgruppen mit einer Erhöhung gesellschaftlicher Rationalität und damit langfristig auch mit einem Druck auf die Veränderung der Berufsstruktur, der Arbeitsteilung im Beschäftigungssystem und der Zumutbarkeit von Arbeitsbedingungen im Sinne eines Hierarchieabbaus verbunden ist.

c. Politisch-strategische Fragen an den Ansatz

- o Werden hier nicht die Absorptionsschwierigkeiten, die sich aus der inhaltlichen Zusammensetzung der Qualifikationsprofile von Akademikern für die Beschäftigten ergeben, zu sehr unterschätzt? Wären akademische Qualifikationen im bei uns üblichen Zuschnitt wirklich nur rein inhaltlich gesehen ohne weiteres im Beschäftigungssystem verwendbar?
- o Werden nicht einige problematische Folgen der Bildungsexpansion in ihrem Realitätsgehalt verkannt, wenn man sie nur als ideologische Verteidigung des status quo sozialer Ungleichheit abtut?
- o Ist die Vorstellung, eine Öffnung der Hochschulen könnte längerfristig zum gesellschaftlichen Hierarchieabbau führen, nicht

utopisch und unrealistisch und verlangt sie nicht von der gegenwärtigen Generation, sich als erste Welle sozialpolitischer Veränderungen "verheizen" zu lassen?

- o Macht die Konzentration auf die Statusproblematik den Ansatz nicht eigentlich unpolitisch, weil damit eine politisch unzugängliche Variable thematisiert wird und im Grund genommen auf langfristige Umwälzungen gewartet werden muß, die man aktuell nur durch Aufklärung ideologiekritischer Art vorzubereiten versuchen kann? Bietet dieser Ansatz nicht auch (entgegen seinen Intentionen) sehr gute Argumente für die gesellschaftspolitische Unrealisierbarkeit der Bildungsexpansion, und liefert er nicht auch Begründungen dafür, zwar keine "bedarfsangemessene", aber eben "statusdistributionsverträgliche" Rücknahme der Reform zu versuchen? Ist die Hoffnung, dies sei mit den demokratischen, an Chancengleichheit orientierten Ordnungsgrundvorstellungen unserer Gesellschaft unvereinbar, wirklich tragfähig? "Beweist" der Ansatz damit nicht eigentlich - ganz im Gegensatz zu den Absichten der Autoren - die Unmöglichkeit einer aktiven, expansiven Bildungspolitik?

4. Industriesoziologischer Qualifikationsansatz (SOFI, Göttingen)⁵⁾

a. Problemdefinition

In diesem Ansatz wird eine wesentliche restriktive Bedingung einer expansiven Bildungspolitik in der spezifischen Struktur des betrieblichen Bedarfs an hochqualifizierten Arbeitskräften gesehen.

5) Vgl. hierzu vor allem Baethge, M., u.a., Produktion und Qualifikation, Hannover 1975 und 1978; Baethge, M., Bildungsreform und gesellschaftliche Arbeitsplatzstruktur, in: Crusius u.a., Hrsg., Berufsausbildungs- Reformpolitik in der Sackgasse? Reinbek 1975; Baethge, M., Die Integration von Berufsbildung und Allgemeinbildung als Forschungskonzept für die Berufsbildungsforschung, in: Roth/Friedrich, Hrsg., Bildungsforschung, Stuttgart 1975, (Gutachten und Studien der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates, Bd. 50).

Auf der Basis breiter empirischer Qualifikationsanalysen wird deutlich, daß die früheren optimistischen Annahmen, die technisch-ökonomische Entwicklung führe zu einem erhöhten Bedarf der Betriebe an Hochqualifizierten, in dieser umfassenden Form nicht haltbar ist. Selbst dort, wo im Vollzug des technischen Wandels in der Phase der hochmechanisierten wie auch der automatisierten Produktionstechnik qualifizierte Arbeitstätigkeiten entstehen, tendieren Betriebe dazu, durch technisch-organisatorische Maßnahmen das Qualifikationsniveau zu halten oder sogar abzubauen. Gerade dann, so glauben die Autoren dieses Ansatzes empirisch aufzeigen zu können, setzen in Betrieben nämlich Rationalisierungsprozesse auf der Ebene der Arbeitsorganisation ein, deren Folge in der (langfristigen) Begrenzung bzw. Zurücknahme der qualifikationssteigernden Tendenzen liegt. In dieser Hinsicht begründen derartige arbeitsorganisatorische Rationalisierungsmaßnahmen zwar eine erhebliche Elastizität der Betriebe gegenüber dem Bildungsangebot. Diese Elastizität wird aber im wesentlichen so genutzt, daß Veränderungen im Produktionsbereich vorgenommen werden können, ohne daß dazu parallele Veränderungen im Bildungsbereich erforderlich wären; und sie wird kaum dazu genutzt, höhere Qualifikationen im Beschäftigungssystem zu absorbieren und zu integrieren.

Dafür wird ein ganzes Bündel von Ursachen angegeben, die alle aus der spezifischen Interessenlage der Beschäftigten den Arbeitskräften gegenüber hervorgehen, so z.B. das Interesse an Austauschbarkeit der Arbeitenden, Kontrollinteressen und nicht zuletzt das Interesse an möglichst billigen Arbeitskräften. Deshalb werden die durch Technologie und Organisation gegebenen Elastizitäten von den Betrieben der Tendenz nach einseitig im Sinne einer Vereinfachung der Arbeit und damit einer Dequalifizierung der Arbeitenden genutzt. Damit wird in dieser Perspektive als zentrale restriktive Bedingung einer expansiven Bildungspolitik die Tendenz zur Dequalifizierung kapitalistisch organisierter Arbeit angesehen.

Wegen der aufgezeigten Elastizitäten im Verhältnis von Bildung und Beschäftigung wird es prinzipiell abgelehnt, aus Analysen der

Qualifikationsanforderungen und ihrer Entwicklung auf benötigte Absolventenzahlen und die Gestaltung der Curricula im Bildungssystem zu schließen. Dieser Ansatz erlaubt es also, möglichen Ursachen für die gegenwärtigen Abstimmungsprobleme zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem auf der Seite der betrieblichen Qualifikationsanforderungen nachzugehen. Die Autoren selbst betonen jedoch, daß sie den Zusammenhang zwischen Bildung und Beschäftigung nicht systematisch untersucht haben, weshalb der eingeschränkte Bedarf der Betriebe an Hochqualifizierten nicht als Globalerklärung für die Schwierigkeiten der Bildungsexpansion genommen werden kann, sondern als Analyse eines - offenbar besonders problematischen und in bildungspolitischen Diskussionen wichtigen - Einzelaspektes dieser Schwierigkeiten.

b. Ansatzpunkte für politisches Handeln

Ein Abbau der Abstimmungsprobleme zwischen Bildung und Beschäftigung wäre folgerichtig nur dann zu erwarten, wenn die bestehenden Formen betrieblicher Arbeitsteilung und die rigiden beruflichen Rollenstrukturen aufgehoben und durch Arbeitsteilungsformen ersetzt werden können, die dem verbesserten Bildungsangebot besser entsprechen. Da die bestehenden Beschäftigungsstrukturen Ergebnis einer Beschäftigungspolitik der Betriebe sind, liegen solche Veränderungschancen - wenn überhaupt - in der Beeinflussung dieser Politik. Weil diese Politik aber in den grundlegenden Verhältnissen unseres Wirtschaftssystems verankert ist, kann eine solche Beeinflussung nur durch breite gesellschaftliche Auseinandersetzungen (z.B. getragen durch die Gewerkschaften) vorangetrieben werden. Im übrigen dürfte sich an der Situation nur im Zuge langfristiger gesellschaftlicher Umwälzungen etwas ändern lassen. Kurzfristig wird der Bildungspolitik jedoch empfohlen, dem Markt bewußt entgegenzuwirken und nicht auf die Absorption zu vertrauen. Die Bildungsreform soll von der quantitativen zur strukturellen Reform fortschreiten, durch die insbesondere das Niveau der Mindestausbildung heraufgesetzt und die Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung abgebaut werden soll. Diese Optionen werden bewußt nicht als Konsequenz aus den Qualifikationsanalysen betrachtet, sondern als davon unabhängige politische Stellungnahme,

die zwar auf der Einsicht in die (dank der aufgezeigten Elastizitäten des Arbeitskräfteeinsatzes gegebene) relative Autonomie des Bildungssystems gegenüber dem Beschäftigungssystem beruht, ansonsten aber in der allgemeinen Diskussion verbreitete Elemente einer qualitativen Bildungsreform aufgreift.

c. Strategisch-politische Fragen an den Ansatz

- o Gelten die Schlußfolgerungen eigentlich auch dann noch, wenn, wie in der gegenwärtigen Situation, Hochqualifizierte am Markt in großer Zahl zur Verfügung stehen und sich relativ billig verkaufen? Was sollte die Betriebe dann dazu veranlassen, mit ihrer Politik der Arbeitsvereinfachung fortzufahren? Läßt sich also aus dem Ansatz nicht auch eine solche Empfehlung (Vermehrung der Akademiker und Verbilligung) ableiten?
- o Wird hier die Lösung der Probleme expansiver Bildungspolitik nicht allzu schnell unter gegebenen Bedingungen ausgeschlossen und, wenn überhaupt, von einer fernen Zukunft veränderter sozio-ökonomischer Verhältnisse erwartet? Liegt dann für die Bildungspolitik nicht doch der Schluß viel näher, dann lieber jetzt die Bildungsexpansion zu drosseln?
- o Wo liegen im Beschäftigungssystem wenigstens Ansatzpunkte für eine zumindest partielle Höherqualifizierung, die sich politisch verstärken und eventuell ausbauen ließen, und welches sind die Bedingungen, unter denen die Betriebe zu solchen Maßnahmen bereit sind und die sich ebenfalls eventuell politisch beeinflussen lassen? Könnten solche Ansatzpunkte nicht durch ein differenzierteres Analyseinstrumentarium sichtbar gemacht werden?
- o Werden hier nicht die Innovationsmöglichkeiten "unterbeschäftigter" Hochqualifizierter im Beschäftigungssystem allzusehr unterschätzt?
- o Was soll nun aus den vermehrt ausgebildeten Hochqualifizierten, die sich nach Meinung der Autoren nicht verringern sollen,

werden, wenn es keine Möglichkeiten für sie gibt, auf angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten zu hoffen?

5. Betriebsstrategischer Ansatz (ISF, München)⁶⁾

a. Problemdefinition

In diesem Ansatz stehen ebenfalls die betrieblichen Bedingungen des Einsatzes und der Verwertung von Arbeitskraft im Mittelpunkt. Dabei wird zentral die Fähigkeit industrieller (kapitalistischer) Betriebe zu strategischem Handeln herausgestellt. Der Betrieb wird hier also nicht als ein bloßes Vollzugsorgan eines exogenen, in einer ganz bestimmten Weise vorgegebenen technisch-ökonomischen Wandels gesehen. Er wird vielmehr gefaßt als eine an Autonomie interessierte und Autonomie gezielt herstellende "Handlungsinstanz", die die Gestaltung von Arbeitstätigkeiten und Qualifikationsforderungen als "elastische Potenzen" zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzt.

In dieser Perspektive erscheinen die Belege für einen angeblich zwangsläufig ablaufenden Prozeß der Dequalifizierung (Arbeitszerlegung, Polarisierung usw.) als Ausdruck einer ganz bestimmten, aber nicht der einzig möglichen Strategie der Betriebe zur Lösung ihrer Probleme der Nutzung und Verwertung von Arbeitskraft. Ob diese oder eine andere Strategie verfolgt wird, hängt von den konkreten Handlungs- und Umweltbedingungen der Betriebe ab, also vom Arbeitsmarkt, von den Strukturen des Ausbildungssystems, von den Bedingungen auf den relevanten Güter- und Kapitalmärkten usw.

6) Siehe hierzu insbes.: Lutz, B., Vorläufige Notizen zur gesellschaftlichen und politischen Funktion von Beruf, in: Crusius u.a. (Hrsg.), Berufsausbildung ... a.a.O.; ders., Bildungssystem und Beschäftigungsstruktur in Deutschland und Frankreich, in: Mendius u.a., Betrieb - Arbeitsmarkt - Qualifikation I, Frankfurt 1976; Asendorf-Krings/Drexel/Nuber, Reproduktionsvermögen und die Interessen von Kapital und Arbeit, in: ebd. Vgl. auch in diesem Band: Lutz, B., Die Interdependenz von Bildung und Beschäftigung und das Problem der Erklärung der Bildungsexpansion..

Die gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme resultieren in dieser Perspektive also nicht daraus, daß die Betriebe generell höher und besser ausgebildete Arbeitskräfte nicht brauchen können; es gibt vielmehr durchaus auch heute Bedingungen, unter denen Betriebe eine Strategie der Höherqualifizierung verfolgen müssen, nämlich z.B. immer dort, wo sich einzelne Arbeits-, Produktions- und Entscheidungsabläufe einer Standardisierung entziehen und die Betriebe auf einen hohen Elastizitätsgrad im Fertigungssortiment und im Arbeitseinsatz angewiesen sind.

Die Beschäftigungsprobleme resultieren in dieser Perspektive vielmehr daraus, daß die Betriebe derzeit ihren Bedarf an höheren Qualifikationen mit Hilfe von Strategien decken, die zu Lasten der Reproduktionsinteressen der Arbeitenden gehen: Dies kann nach Auffassung der Autoren dadurch geschehen, daß die Ergebnisse der Bildungsexpansion durch innerbetriebliche Strategien der differenzierten Bewertung und Gratifizierung von Arbeitskraft unterlaufen oder gebrochen werden. Oder auch dadurch, daß die Betriebe durch die Schaffung nur innerbetrieblich nutzbarer Qualifizierungsmöglichkeiten - im Anlernbereich, aber auch im Bereich anderer Qualifikationsstufen - die gesellschaftliche Anerkennung und die ihr entsprechende Bezahlung für diese Lernbemühungen verhindern, damit aber auch die Möglichkeit einer langfristigen Sicherung der Reproduktionsinteressen der Arbeitenden. Auf diese Weise wird trotz Höherqualifizierung der Zerschlagung oder Relativierung komplexer "Qualifikationstypen" (wie dem Facharbeiter oder dem Akademiker) Vorschub geleistet, die als historisch entstandene gesellschaftlich normierte "Arbeitskraft-Definition" den Arbeitenden nicht nur in bestimmter Weise inhaltlich qualifizieren, sondern auch eine gewisse Garantie für grundlegende Reproduktionsbedingungen seiner Arbeitskraft enthalten (Lohn, standardisierte Ausbildung etc.). Die zu bewältigende Hauptschwierigkeit einer expansiven Bildungspolitik wird demnach hier darin gesehen, wie die Betriebe dazu gebracht werden können, ihren Bedarf an höher und besser ausgebildeten Arbeitskräften aus dem öffentlichen Bildungssystem so zu decken, daß dadurch zugleich die Reproduktionsinteressen der Arbeitenden gesichert sind.

b. Ansatzpunkte für politisches Handeln

Bildungspolitisch ergibt sich aus dieser Problemsicht insbesondere für den Bereich der unteren Qualifikationsgruppen (Arbeiterschaft, Angestelltenschaft) ein Plädoyer für die Aufrechterhaltung und Erweiterung von "Beruflichkeit", d.h. für gesellschaftlich normierte, beruflich geprägte Qualifizierung im Gegensatz zur voll flexiblen Auflösung beruflicher Qualifizierung und ihrer Überantwortung an rein betrieblich bestimmte Qualifizierungsprozesse. Damit wird (mittelfristig) ein doppeltes Ziel anvisiert: Zum einen müßte eine solche Generalisierung von beruflicher Erstausbildung auf eine Aufhebung der derzeit unterhalb des Facharbeiterniveaus existierenden Qualifikationstypen mit ihren deutlich schlechteren Reproduktionsbedingungen hinwirken. Zum anderen müßte, damit verbunden, ein Qualifikationstyp von relativ hoher fachlicher Kompetenz geschaffen werden, der es erlaubt, die vorhandene Hierarchisierung von Qualifikationen abzubauen.

Diese bildungspolitische Strategie schließt ein Mehr an Allgemeinbildung (über die derzeitige Berufsausbildung hinaus) ebenso ein wie ein Mehr an berufsfeldübergreifenden Kenntnissen - beides notwendige Voraussetzungen sowohl einer längerfristigen Sicherung der Reproduktionsinteressen der Arbeitenden als auch dafür, daß dem spezifischen Interesse der Betriebe an Höherqualifizierung entsprochen wird.

Das Konzept der Beruflichkeit postuliert aber die Ergänzung dieser generellen Qualifikationsmomente durch eine öffentlich normierte und geregelte, beruflich geformte Qualifikation, die erst die objektiven und subjektiven Voraussetzungen einer wenigstens einigermaßen die Reproduktionsinteressen der Arbeitenden wahren den Bewältigung von Mobilitätserfordernissen schafft.

c. Politisch-strategische Fragen an diesen Ansatz

- o Sind die betrieblichen Interessen an höher und besser ausgebildeten Arbeitenden tragfähig genug, um eine Höherqualifizierung breiter Bevölkerungsschichten aufzunehmen?

- o Inwieweit stehen die Bedingungen, unter denen die Betriebe zur "Strategie der Höherqualifizierung" greifen, politischer Beeinflussung offen? Oder wird hier - wenn auch in modifizierter Form - die optimistische Annahme der frühen bildungsökonomischen Diskussion einer Gleichgerichtetheit von betrieblich-ökonomischem Bedarf und bildungspolitischen Interessen an Höherqualifizierung wiederholt?
- o Kann man die Strategie der Verberuflichung auch ohne weiteres auf die Hochqualifizierten übertragen?
- o Wo liegen die strategischen Ansatzpunkte für eine Verberuflichung und wer sind die Akteure?
- o Welche Interessen stabilisieren die Nichtberuflichkeit der Un- und Angelernten? Stehen ihrer Verberuflichung nicht z.B. die Status- und Reproduktionsinteressen der Facharbeiter entgegen?
- o Bedeutet die Strategie der Verberuflichung nicht eine Renaissance berufsständischer Interessen? Führt sie nicht letztlich zurück zu einer Rigidisierung des Verhältnisses von Bildung und Beschäftigung mit allen ihren inzwischen aufgedeckten Problemen?

6. Berufssoziologischer Ansatz (SFB 101/Institut für Soziologie München)⁷⁾

a. Problemdefinition

Daß die aktive, expansive Bildungspolitik in unserer Gesellschaft zu Arbeitsmarktfriktionen und Abstimmungsproblemen geführt hat,

7) Vgl.hierzu vor allem Beck,U.,Bolte,K.M.,Brater,M.,Bildungsreform und Berufsreform,in:MittAB 1976/Heft 4;Beck,U.,Brater,M., Ist der Erfolg der Bildungsreform Ursache ihres Scheiterns? In: Beck/Brater,Hrsg.,Die soziale Konstitution der Berufe,Bd.II, Frankfurt 1977;Beck,U.,Brater,M.,Berufliche Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit,Frankfurt 1978;Beck,U.,Brater,M.,Daheim, H.J.,Beruf,Subjekt,Betrieb - Grundlagen und Problemfelder der Arbeits- und Berufssoziologie,Reinbek 1979.

wird in diesem Ansatz auf das zentrale Ordnungsprinzip des Bildungssystems zurückgeführt, nämlich auf seine "berufsspezifische Organisation". Unter "berufsspezifischer Organisation des Bildungssystems" wird dabei die Tatsache verstanden, daß bei uns Bildungsgänge nicht individuell beliebig gestaltbar, sondern im Hinblick auf bestimmte Berufsfelder und Berufsabschlüsse (und nicht etwa nach pädagogischen oder fachspezifischen Gesichtspunkten) in Inhalten und Umfängen relativ starr vorgeschrieben, institutionell differenziert und gegeneinander abgeschottet sind. Der Berufsbe-
griff bezeichnet in diesem Ansatz eine relativ eigenständige Ebene der Organisation von Arbeitsfähigkeiten in Form von institutionalisierten "Mustern von Arbeitskraft", die zugleich mit monopolartigen Kompetenzen für entsprechende Tätigkeitsbereiche verbunden sind. Die Entstehung und die jeweilige Zusammensetzung und Abgrenzung (die "Schneidung") dieser beruflichen Fähigkeitsschablonen wird als strukturelle Anpassungsreaktion der Arbeitenden an die sozio-ökonomischen Verhältnisse des Warentausches unter den gegebenen historischen Bedingungen sozialer Ungleichheit erklärt.

Die berufsspezifische Organisation des Bildungssystems wird u.a. daran sichtbar, daß hier Bildungs- immer zugleich auch Berufszuweisungsprozesse sind, daß also jeder Bildungsgang, jeder im Bildungssystem zu erwerbende Qualifikationskomplex mit zeitlich zunehmender Eindeutigkeit ganz bestimmten Berufsfeldern bzw. Einzelberufen zugeordnet ist und den Absolventen nach wenigen relativ frühen Bildungsentscheidungen mit kaum zu revidierender Zwangsläufigkeit in diese Berufe hineinführt. In diesem Sinne wird höhere wissenschaftliche Bildung eben - von anderen Bildungsinhalten relativ klar abgegrenzt und gereinigt - von den akademischen Berufen monopolisiert, d.h. also von Berufen mit starker einseitiger Theorieorientierung, Handlungsferne und hohem Spezialisierungsgrad. Zu den Abstimmungsproblemen muß es in der Sicht dieses Ansatzes damit aber deshalb kommen, weil Bildungsexpansion unter Bedingungen eines berufsspezifisch gegliederten Bildungssystems notwendigerweise zugleich "Akademikerexpansion" ist.

Die quantitative Vermehrung der wissenschaftlich vorgebildeten Arbeitskräfte kann damit jedoch vom Beschäftigungssystem gerade

deshalb nicht oder nur schwer absorbiert werden, weil sie der beruflichen Zusammensetzung und Abgrenzung ihrer Qualifikationsinhalte nach (nicht nach ihrer inhaltlichen Nützlichkeit) nur bedingt einsetzbar sind. Wissenschaftliche Spezialberufe setzen voraus, daß im Beschäftigungssystem Leitungs-, Planungs-, Kontroll- und Stabsfunktionen zu eigenen Arbeitspositionen ausdifferenziert sind. Da aber eine solche arbeitsteilige Ausdifferenzierung dieser Funktionen nur innerhalb hierarchischer Organisationsstrukturen möglich und im Bereich der "höheren", also quantitativ gering besetzten Ränge angesiedelt ist, gibt es aufgrund der "Schneidung" dieser akademischen Berufe quantitative Engpässe und strukturelle Absorptionshindernisse. Hinzu kommt, daß gerade aufgrund dieser traditionellen Ansprüche der Inhaber akademischer Berufe auf hierarchisch hohen Status die Vermehrung von Akademikern in ein Wespennest gegensätzlicher Interessen nicht zuletzt der etablierten Akademiker selbst sticht, die befürchten müssen, durch die Bildungsexpansion unter verschärften Konkurrenzdruck zu geraten, Privilegien zu verlieren und den hohen Einkommens- und Prestigestatus nicht halten zu können.

In der Perspektive dieses Ansatzes entstehen Widerstände gegen eine expansive Bildungspolitik also nicht allein aus den Interessen der Betriebe (an billigen Arbeitskräften oder an der Aufrechterhaltung hierarchischer Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen). Derartige Widerstände können vielmehr auch auf seiten der Arbeitenden entstehen, und zwar vor allem auf seiten derjenigen, die bislang ausschließlich über die entsprechenden höheren Qualifikationen verfügen und darauf ihre besondere Arbeitsmarktposition gegründet haben. Die berufliche Organisation von Qualifikationen stärkt nämlich nicht nur die Stellung des beruflich Qualifizierten gegenüber dem Abnehmer der Arbeitskraft (wie dies in dem betriebsstrategischen Ansatz gesehen und unterstrichen wird); sie schafft und bekräftigt auch ein bestimmtes Verhältnis der Arbeitenden zueinander. Denn die exklusive Zuordnung und hierarchische Staffelung der Qualifikationen zu bestimmten beruflichen Mustern von Arbeitskraft erzeugt und stabilisiert Interessengegensätze zwischen den Arbeitenden, indem das Vorenthalten von höheren Qualifikationen bei allen anderen die Basis ist, auf

der die "Besitzer" entsprechender Qualifikationen ihre besonderen Einkommens- und Statusansprüche durchsetzen und aufrechterhalten können.

Umgekehrt behindern diese berufsspezifischen Staturerwartungen aber auch u.U. eine Öffnung der akademischen Berufe für traditionell nicht-akademische Qualifikationselemente und damit weniger hierarchisch fixierte Beschäftigungschancen. Die Absorption von mehr wissenschaftlicher Bildung im Beschäftigungssystem scheitert also, diesem Ansatz zufolge, wesentlich an ihrer monopolartigen Einbindung in akademische Spezialberufe.

b. Ansatzpunkte für politisches Handeln

In dieser Perspektive kann prinzipiell eine Lösung der Abstimmungsprobleme nur dann erwartet werden, wenn wissenschaftliche Bildungsinhalte aus dem Monopolbesitz der elitären Akademikerberufe herausgelöst werden. Eine solche "Entberuflichung höherer Bildung" zeichnet sich heute bereits als reale historische Tendenz ab, z.B. in manchen Gesamthochschulmodellen, in Bestrebungen zur Integration beruflicher und allgemeiner Bildung oder im Bereich der Weiterbildung. Diese Tendenzen zur Entberuflichung bzw. veränderter "Berufsschneidung" werden in diesem Ansatz systematisch aus der historischen Verschärfung von der "Berufsform" immanenten Strukturkonflikten erklärt, wie z.B. dem Konflikt zwischen Spezialisierung und der aufgrund des technisch-ökonomischen Wandels nötigen Generalisierung von Qualifikationen, dem Konflikt zwischen berufsbedingter Kooperationsunfähigkeit bei zunehmender Kooperationsabhängigkeit oder dem Konflikt zwischen dem marktstrategischen Zuschnitt der Berufe und den Erfordernissen inhaltlich-sozialer Aufgabenbewältigung.

Diese realen Tendenzen können nach Einschätzung der Autoren bildungspolitisch im Sinne einer "Berufsreform" genutzt werden, bei der wissenschaftliche Qualifikationen in Ausbildungsgänge eingebaut werden, in denen sie bisher nicht enthalten sind. Allgemeines Ziel einer kombinierten Bildungs- und Berufsreform wäre es, wissenschaftliche Qualifikationen nicht länger automatisch an be-

stimmte akademische Berufe zu koppeln, sondern sie relativ frei verfügbar und individuell kombinierbar zu machen. Konkrete Ansatzpunkte für eine Verwirklichung dieses strategischen Ziels ergeben sich z.B.

- im Abbau bestehender gesetzlicher Barrieren, die bestimmten Berufen Monopole über bestimmte Fähigkeiten und Tätigkeiten zugestehen;
- in der Vermehrung von "freischwebenden", von möglichst vielen verschiedenen Voraussetzungen her zugänglichen Qualifikationsbeständen;
- in der bewußten Loslösung der Weiterbildung von vorgegebenen Berufsmustern und in ihrer gezielten "berufsübergreifenden" Organisation;
- in der Schaffung von Möglichkeiten zur individuellen Kombination und Veränderbarkeit von Qualifikationsprofilen nach Maßgabe praktischer Anforderungen und über traditionelle hierarchische Stufen hinweg, so daß auch bisher vom Hochschulzugang ausgeschlossene Gruppen wissenschaftliche Qualifikationen portionsweise erwerben können.

Bildungsexpansion wäre damit nicht mehr gleichzeitig Akademikerexpansion, sondern gleichbedeutend mit einer Anreicherung breiter Berufsgruppen mit höherer Bildung (die sich dadurch selber freilich auch inhaltlich ändern müßte), wie umgekehrt die einseitig wissenschaftlichen Berufe mit praktischen Qualifikationen ausgestattet würden. Die Abstimmungsprobleme können also in der Sicht dieses Ansatzes erst dann gelöst werden, wenn Berufe in diesem Sinne "neu geschnitten" werden, wenn die institutionellen Abschottungen zwischen den Berufen abgebaut und institutionalisierte Möglichkeiten eröffnet werden, einmal erworbene berufliche Fähigkeitenkombinationen in weitgehend individualisierter Weise auszubauen und weiterzuentwickeln. Dies verweist insbesondere auf die Notwendigkeit eines berufsübergreifenden Weiterbildungssystems für die Bewältigung der Abstimmungsprobleme. Solche Tendenzen zur Entberuflichung bzw. "Umschneidung" bestehender Berufe werden zugleich als eine wesentliche Voraussetzung und Handlungsgrundlage einer gleichsinnigen "enthierarchisierenden" Veränderung der be-

trieblichen Arbeitsteilungsstrukturen gesehen, wobei allerdings die Durchsetzungsbedingungen einer solchen Veränderung (i.S. einer "Höherqualifizierung" bisher nicht-akademischer Tätigkeiten) in diesem Ansatz bislang nicht untersucht wurden.

c. Politisch-strategische Fragen an diesen Ansatz

- o Wie weit sind in der Berufsstruktur tatsächlich Spielräume für praktisch-politische Veränderungen enthalten, da in dem Ansatz selbst die Berufe aus gesellschaftlichen Herrschafts- und Ungleichheitsbedingungen erklärt werden?
- o Werden hier nicht die Möglichkeiten unterschätzt, die historisch aufbrechenden Probleme der Berufsform ohne "Entberuflichung" zu integrieren?
- o Schwächt die generalisierte Strategie der "Entberuflichung" nicht die Position der Arbeiter gegenüber den Abnehmern von Arbeitskraft? Führt sie damit nicht zu einer Machtverschiebung am Arbeitsmarkt? Gibt es Äquivalente für die zweifellos gegebene Funktionalität der Berufsform (z.B. für die Orientierung am Arbeitsmarkt), die unerwünschte Folgeprobleme einer Entberuflichung vermeiden helfen? Kann Entberuflichung nicht u.U. zu Identitätskrisen, verschärfter Konkurrenz, problematischen Selektionsverschiebungen usw. führen?
- o Wer kommt als Akteur der "Berufsreform" in Frage und inwieweit läßt sich eine "Berufsreform" über den Bildungsbereich angehen und gesellschaftlich durchsetzen? Lassen sich in den Betrieben Möglichkeiten und Tendenzen einer Egalisierung feststellen, die stark genug wären, um eine solche Berufsreform zu tragen?

7. Resumee: Was hat die Forschung der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu bieten?

Unsere Ausgangsfrage war, welche Hinweise und Denkpulse die einschlägigen wissenschaftlichen Ansätze dem politischen Handeln zur Behebung der im Zuge der Bildungsexpansion aufgetretenen Abstimmungsprobleme zwischen Bildung und Beschäftigung geben können. Versucht man nun eine Bilanz der verschiedenen Antworten auf diese Frage, dann fällt zunächst auf, daß eigentlich in keinem der hier vertretenen Ansätze Wege gewiesen oder auch nur Forderungen erhoben werden, den "output" des Bildungssystems im Sinne der traditionellen Bedarfsprognosen qualitativ und quantitativ möglichst feinkörnig an die Entwicklung des Qualifikationsbedarfs im Beschäftigungssystem anzukoppeln. Damit findet das in der politischen Diskussion nach wie vor verbreitete und im Rahmen der heutigen "Abschreckungspolitik" auch praktisch wirksame Argument, die Höherqualifizierung der Absolventen sei dem relativ geringen Bedarf des Beschäftigungssystems an Hochqualifizierten anzupassen, keine Stütze durch diese Forschungsansätze.⁸⁾

Diese Abkehr der Forschung von dem Glauben an die Leistungsfähigkeit der bildungs-ökonomischen Bedarfsprognosen wird in den Ansätzen jeweils mehr oder weniger grundsätzlich reflektiert und begründet, wenn auch mit recht unterschiedlichen Argumenten. Damit entzieht sie aber der weiteren Verwendung eines Steuerungsinstruments den Boden, dessen sich in den frühen 60er Jahren die Bildungspolitik gern bediente. Der Gedanke der Bedarfsprognostik hatte und hat für die Bildungspolitik u.a. wohl deshalb eine so große Faszination, weil er zum einen eine Mischung von Zukunftssicherheit und Handlungslegitimation verspricht, und weil

8) Selbst der Flexibilitätsansatz, der als einziger der hier dargestellten Ansätze längerfristig am Instrument der Bedarfsprognosen festhalten will, löst ja den starren Zuordnungszusammenhang zwischen Bildungsabschlüssen und Arbeitsplätzen auf und kommt zu dem Resultat, daß der "Bedarf" des Beschäftigungssystems gerade nicht dadurch optimal gedeckt wird, daß man ihn linear in den Bildungsabschlüssen abbildet, sondern daß dieses Verhältnis umgekehrt dadurch optimiert wird, daß das Bildungssystem nach relativ eigenständigen Prinzipien - eben denen der Flexibilität - organisiert ist.

er zum anderen einen politisch-strategischen Eingriffspunkt nahelegt - die quantitative Besetzung einzelner Ausbildungsgänge - der auch politisch einigermaßen zugänglich zu sein scheint. Jedenfalls zeigt der Übergang von Bildungswerbung zur Abschreckung vom Studium, daß politische Steuerungen mit nur geringer Verzögerung "greifen". Nimmt man diese Leistungen einer wissenschaftlichen Analyse - also der Aufweis politisch-strategischer Eingriffsmöglichkeiten, die der Steuerung zugänglich sind und die legitimatorische Kraft für politisches Handeln - als Beurteilungsmaßstäbe für die politische Relevanz der in den referierten Ansätzen angebotenen Alternativen zur bildungsökonomischen Bedarfsprognostik, dann ergibt sich folgendes Bild:

Durchgängig wird in allen Ansätzen die im Zuge der expansiven Bildungspolitik aufgetretene Problematik der Abstimmung zwischen Bildung und Beschäftigung nicht einfach als quantitatives Steuerungsproblem, sondern sehr viel grundsätzlicher gefaßt als Problem einer strukturellen Diskrepanz - sei es aufgrund der Inflexibilität oder "Beruflichkeit" der Ausbildungsstrukturen, sei es aufgrund der relativen Autonomie des Bildungssystems, die solche eigenständigen Qualifikationsstrukturen erst ermöglicht. Dies vermag zwar das Auftreten von Brüchen und Abstimmungsproblemen überhaupt erst einmal zu erklären, impliziert jedoch auch zugleich die prinzipielle politische Nichtbehebbarkeit dieser grundsätzlichen Problemursache (zumindest nicht innerhalb der grundlegenden Rahmenbedingungen dieser Gesellschaft). Hier wird der Politik also eher ihre Ohnmacht vor Augen geführt, nicht aber eine strategische Handlungsrichtung gezeigt. Politisch relevant werden diese Ansätze daher erst bei der Frage, wie denn nun mit dieser strukturellen Problematik umzugehen sei. Hier lassen sich die Ansätze grob danach beurteilen, inwieweit sich aus ihren bisher vorliegenden Analysen heraus systematisch Ansatzpunkte für politisches Handeln ergeben.

Dies scheint zunächst bei dem am meisten empirisch ausgearbeiteten Flexibilitätsansatz der Fall zu sein, der systematisch "Selbststeuerungskräfte" im Verhältnis von Bildung und Beschäftigung aufdeckt und deren politische Unterstützung (durch Aufklä-

rung und entsprechende Gestaltung der Ausbildungen) empfiehlt. Dies ist ebenfalls gegeben beim Ansatz des ISF München, der von der Seite des Beschäftigungssystems her die Bedingungen und Verfahrensweisen des Einsatzes von Höherqualifizierten untersucht und auf dieser Basis aufzeigt, wo Politiker verstärkend auf bereits gegebene Prozesse der vermehrten Übernahme Höherqualifizierter ins Beschäftigungssystem einwirken könnten.

Beiden Ansätzen liegt offenbar ein Politikverständnis zugrunde, das von Politik keine Wunder im Sinne willkürlicher Strukturveränderungen erwartet, sondern lediglich einen steuernden Umgang mit realen gesellschaftlichen Gegebenheiten und Bewegungen.

Alle anderen genannten Ansätze enthalten in der bisher vorliegenden Fassung lediglich mehr oder weniger begründete politische Optionen, an denen abgelesen werden kann, welche Faktoren variabel gesetzt werden müßten, will man an der Bildungsexpansion festhalten und zugleich die Abstimmungsprobleme abbauen. Ob und wie jedoch diese Faktoren überhaupt politischem Zugriff offenstehen, bleibt undiskutiert oder vage. Insofern denken die Autoren dieser Ansätze nicht von den Handlungsbedingungen der Politik her, sondern mehr oder weniger ausschließlich von den theoretischen Prämissen ihrer Forschungen.

Eigentlich alle Ansätze erkennen die Notwendigkeit struktureller Reformen im Ausbildungsbereich, die sie unter verschiedenen Begriffen fordern ("Schlüsselqualifikationen", Öffnung des Hochschulbereichs, Sicherung der "Beruflichkeit", "Berufsreform" etc.) - Forderungen, deren Vereinbarkeit erst noch zu klären wäre. Auch hier dürfte die Empfehlung des IAB, Ausbildung mit mehr Schlüsselqualifikationen anzureichern, politisch am einfachsten zu realisieren sein. Zugleich ist dies jedoch eine wissenschaftlich umstrittene Empfehlung, da sie auf einem technischen Verständnis von Bildung beruht. Die Öffnung des Hochschulbereichs für traditionell nicht-akademische Berufe, wie sie von der Manpower-Gruppe des MPI gefordert wird, dürfte dort zu verwirklichen sein, wo sie sich mit der Professionalisierungsstrategie solcher Berufe trifft, die den Weg zur Akademisierung und Theoretisierung schon mit Er-

folg ein gutes Stück weit gegangen sind; dann werden sie aber faktisch zu neuen akademischen Berufen, was mit dem "Öffnungskonzept" des MPI nicht gemeint ist.

Noch unrealistischer dürfte die Forderung nach "Entberuflichung" höherer Bildung sein, wie sie im SFB 101 erhoben wird, weil diese gerade den professionellen Interessen der akademischen Berufe zuwiderläuft. Inwieweit hier reale Dysfunktionen der bestehenden Schneidungsverhältnisse einen solchen Prozeß fördern, kann bislang nur spekulativ beantwortet werden: Die wenigen heute beobachtbaren empirischen Tendenzen in diese Richtung lassen noch keine weitergehenden Schlußfolgerungen zu. Allerdings verstehen die Autoren dieses Ansatzes ihre Perspektive auch nicht als realistische politische Handlungsempfehlung, sondern als theoretisch begründete Konstruktion, aus der aber sinnvolle Tendenzen und Orientierungen politischer Alltagsentscheidungen abzulesen sind.

Bildungspolitisch, so läßt sich zusammenfassen, bieten diese Ansätze zwar eine Reihe von Perspektiven und Denkipulsen, aber bislang kaum konkrete Strategien, kaum Ansatzpunkte für unmittelbares Handeln. Insgesamt deutet sich hier ein Dilemma der dargestellten Ansätze in ihrer vorliegenden Form an: Je stärker versucht wird, die strukturellen Ursachen und gesellschaftlichen Grundbedingungen der Abstimmungsprobleme zu ergründen, desto weiter führen sie zu politisch praktisch unzugänglichen Variablen und desto stärker ihre Neigung, systematische politische Empfehlungen gar nicht mit den eigenen wissenschaftlichen Arbeiten zu verbinden. Je handlungsrelevanter umgekehrt die Ergebnisse sind, desto schwankender scheint der theoretische Grund zu sein, auf dem sie stehen und desto dringlicher die Frage, inwieweit der jeweils herausgestellte Aspekt tatsächlich genügend tragfähig zur Lösung der Abstimmungsprobleme ist. Zugleich wird hier deutlich, daß es natürlich nicht der Forschung oder den Forschern angelastet werden kann, wenn die Kausalzusammenhänge, die sie nach den Regeln ihrer Kunst aufdecken, jenseits des Horizonts der unter bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen legitimen politischen Eingriffsmöglichkeiten liegen.

Auf der anderen Seite enthalten die Ansätze aber auch Argumente, die mehr oder weniger deutlich gegenwärtig beobachtbare politische Tendenzen im Bereich von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik stützen, d.h. das im Rahmen dieser Forschungsansätze produzierte Wissen ist mehr oder weniger geeignet, selbst legitimatorische Funktionen für aktuelle, eher restriktive Maßnahmen zu erfüllen (auch wenn dies keineswegs in der Absicht der Autoren liegen mag), etwa im Hinblick auf eine "Individualisierung von Arbeitsmarktproblemen", einer "Entkoppelung von Bildungs- und Berechtigungswesen", eine Festigung von Statusinteressen und einem darauf abgestimmten Zertifikatswesen etc. mit allen damit verbundenen Problemen.

Schließlich - und dies mag als Anregung zur genaueren Untersuchung der Konvergenzen zwischen den referierten Ansätzen verstanden werden - lassen sich bei aller Verschiedenheit der Analyseebenen, Grundbegriffe und Schlußfolgerungen doch auch deutliche Verbindungen und Ergänzungsverhältnisse zwischen den Ansätzen herstellen: Die Höherqualifizierungsthese des ISF etwa beruht - entgegen dem äußeren Anschein - nicht zuletzt auch auf den komplexeren Berufen inhärenten Flexibilitäten, wie sie das IAB untersucht; insofern schließt die Forderung nach Verberuflichung auch Elemente einer "Flexibilisierung" ein. Umgekehrt könnte der Aspekt der Institutionalisierung und Interessensicherung durch Verberuflichung gewisse Gefahren des Flexibilitätsansatzes (wie etwa die der beliebigen "Fungibilisierung" der Arbeitenden) bannen. Eine ausgewogene politische Strategie müßte also beide Optionen im Auge behalten und zusätzlich die möglichen problematischen Nebenfolgen einer Verberuflichung bestimmter Qualifikationen bedenken, auf die vor allem der Ansatz des SFB 101 aufmerksam macht. Dessen Strategie der "Entberuflichung höherer Bildung" wiederum kann als eine Radikalisierung des Flexibilitätsgedankens interpretiert werden und hängt in ihrer praktischen Realisierbarkeit wesentlich davon ab, daß sich die ISF-Thesen über die Chancen einer innerbetrieblichen Höherqualifizierung von Arbeitsplätzen bzw. über die Interessen der Betriebe an veränderten, weniger hierarchischen Arbeitsteilungsstrukturen bewahrheiten. Allerdings stößt ihrerseits eine Politik der "Verberufli-

chung" (wie sie im ISF insbesondere für die Gruppen der Ungelernten und Angelernten gefordert wird) mit Notwendigkeit immanent an eine Grenze, nämlich dort, wo die zu verberuflichenden höheren Qualifikationen bereits beruflich gefaßt und insofern von einer bestimmten Gruppe von Arbeitenden monopolisiert werden. Hier wird deutlich, wie eine einseitige "Verberuflichungsstrategie" sich entweder sehr schnell in dem vorhandenen Gestrüpp beruflich gegliederter und angeeigneter Ausbildungsinhalte und -gänge festfahren würde, oder aber durch eine komplementäre Strategie der "Entberuflichung von höheren Qualifikationen" (wie sie im SFB-Ansatz gefordert wird) ergänzt werden müßte.

Für beide Strategien stellt sich die Frage nach der Nutzbarkeit von Qualifikationsbündeln, die theoretische und praktische Fähigkeitselemente verbinden - eine Frage, zu deren Beantwortung es sinnvoll sein dürfte, sich an die skeptischen Einschätzungen des SOFI zu erinnern und sich klarzumachen, daß politisch-strategische Beeinflussungen das Beschäftigungssystem nur in bestimmten günstigen, historisch durch vielfältige Auseinandersetzungen und Interessenkonflikte vorbereiteten Situationen möglich sind.

Nicht zuletzt aus diesem Grund dürfte unter den Autoren der zitierten Ansätze Einigkeit darüber herrschen, daß auch ohne parallele Veränderungen im Beschäftigungssystem auf der Seite des Bildungssystems politisch getan werden sollte, was getan werden kann - wobei die vielleicht wichtigste Konvergenz darin besteht, daß es hier um eine strukturelle Verkürzung der traditionellen Hierarchie der Bildungsgänge, um eine drastische Annäherung von praktischer und theoretischer, beruflicher und allgemeiner, körperlicher und geistiger, fachlicher und fachunspezifischer Bildung gehen müsse. In diesem Punkt unterscheiden sich die Empfehlungen - Anreicherung durch Schlüsselqualifikationen im einzelnen Curriculum, punktueller Hochschulbesuch für nicht-akademische Berufe, Integration beruflicher und allgemeiner Bildung in der Sekundarstufe II, Aufwertung der "niederen" Qualifikationen durch fachliche und theoretische Elemente oder Diffusion wissenschaftlicher Qualifikationen in möglichst viele davon bisher ausgeschlossene Berufsausbildungen - mehr hinsichtlich ihrer Reich-

weite, dem gewählten Lernort oder dem Berufsbereich etc. als hinsichtlich ihrer strategischen Zielsetzung. Diese Stoßrichtung der Forschung tangiert jedoch - worüber sich sämtliche Ansätze ausdrücklich bewußt sind - grundlegende Strukturen sozialer Ungleichheit unserer Gesellschaft. Das ergibt sich folgerichtig aus den Hoffnungen und Forderungen auf mehr Chancengleichheit, die am Beginn der Bildungsexpansion standen. Denn wenn es sich herausstellt, daß eine größere Gleichheit der Bildungschancen dazu führt, daß diese Chancen auch tatsächlich "gleichmäßiger" ergriffen werden, dann gerät das Strukturbild der sozialen Ungleichheit von Bildungsgängen und -abschlüssen selbst in Legitimationsschwierigkeiten. Vielleicht liegt es an dieser Konsequenz der aktuellen Ansätze zum Verhältnis von Bildung und Beschäftigung, daß die Bildungspolitik bisher vergleichsweise wenig Gefallen an ihnen gefunden hat.